

PRESSEINFORMATION



Christian Baldauf, MdL
Vorsitzender der CDU-Fraktion
im Landtag von Rheinland-Pfalz

Redebeitrag zur Plenarsondersitzung
am 7. Dezember 2021

Unkorrigiertes Redemanuskript

Es gilt das gesprochene Wort!

Sperrfrist: Redebeginn

7.12.2021

Sehr geehrte Damen und Herren,

lange Warteschlangen vor Impfbussen, überfüllte Intensivstationen, Angst vor Triage, der Einsatz der Bundeswehr, die Schwerstkranke vom Süden in den Norden Deutschlands fliegt – Deutschland geht in den nächsten Corona-Winter.

Alpha, Delta, jetzt Omikron.

Wir können es gar nicht genug schätzen, mit Biontech in Rheinland-Pfalz eines der weltweit wichtigsten Forschungsunternehmen für die Entwicklung von Impfstoffen zu haben!

Anrede,

aktuell sind 35 000 Rheinland-Pfälzer infiziert, wahrscheinlich sind es aber noch mehr.

Betroffen ist vor allem der Süden unseres Landes.

Wieder sind wir in einem schwierigen Balanceakt:

Auf der einen Seite die Zahl der Infektionen zu senken – und gleichzeitig durch angepasste Maßnahmen öffentliches Leben zu ermöglichen.

Da ist - um es mit einem Bild zu vergleichen – eine gigantische Großbaustelle, wo vieles nicht rundläuft. Und wie Handwerker fahren wir dorthin los und überlegen, was nehmen wir am besten mit – um für alle Eventualitäten vorbereitet zu sein.

Anrede,

Wir wissen nicht, was wirklich in den nächsten Wochen auf uns zukommt. Aber was wir brauchen, sind alle Instrumente für mögliche Gefahrenlagen.

Die neue Bundestagsmehrheit der Ampel hat das Ende der epidemischen Lage nationaler Tragweite ausgerufen - ein falsches Signal!

Denn damit ist die Rechtsgrundlage vieler Corona-Maßnahmen entfallen – bedeutet, die Ampel hat entscheidende Instrumente aus dem Kasten herausgenommen.

Dabei ist es gerade für die nächsten Wochen elementar, schnell und flexibel, nach Bedarf, reagieren zu können.

Wir müssen doch alles auf dem Schirm haben, klug vorausdenken – darauf kommt es an!

Schauen wir auf die letzten Wochen, ist im Bund und durch die Landesregierung viel kostbare Zeit verstrichen.

Durch

- Fehleinschätzungen und Zaudern,
- durch – und da blicke ich jetzt bewusst zur Regierungsbank – zu spätes Öffnen der Impfzentren.
Das war ein großer Fehler!
- Ebenso wie die falsche Teststrategie an Schulen mit plötzlich weniger Schnelltests.
- Allzu schleppendes Engagement und Planlosigkeit bei dem Einbau von Luftfiltern in Schulen.
- Zu wenig Investitionen in die Gesundheitsämter und ihre Ausstattung.

Anrede, sicher ist eines:

Wir brauchen überall eine hohe Impfquote.

Es gilt, die Impfbereitschaft zu steigern,

- mit Überzeugung,
- mit Argumenten,
- mit Druck,
- mit harten Strafen, wenn mit falschen Impfnachweisen hantiert wird.

Wo die Impfquote am niedrigsten ist, sind die Infektionszahlen am höchsten.

Heißt: Die Infektionsdynamik geht von denen aus, die sich der Impfung verweigern.

Ausdrücklich nehme ich hier Menschen aus, die sich aus gesundheitlichen Gründen nicht impfen lassen dürfen.

Diejenigen, die immer noch unsicher sind, Angst vor Nebenwirkungen haben, müssen wir rasch überzeugen.

Aber – Anrede - ich habe null Verständnis für Verschwörungstheoretiker, Querdenker und Corona-Leugner, die sich zu Fackelzügen versammeln und, wie geschehen, Politiker bedrohen!

Das ist ein direkter Angriff auf unsere Demokratie!

Mit ihrer Weigerung treiben Impfgegner die Infektionen in die Höhe.

Sie riskieren, dass

- sich andere mit Corona anstecken,
- sterben, weil sie nicht rechtzeitig operiert werden können,
- dass wir Pflegepersonal verlieren, weil die Leute schlichtweg am Ende ihrer Kraft sind,
- dass unsere Kinder in einen belastenden Schulalltag gepresst werden,
- dass alte Menschen Angst vor Kontakten haben,
- dass Einzelhändler, Gastronomie, Betriebe, Künstler in die Pleite gehen.
- und das Weihnachten nicht so wie früher ist.

Anrede,

Impfgegner handeln zutiefst unsolidarisch. Sie schwächen unsere Gesellschaft im Kampf gegen das Virus! Was soll ein Arzt dem Patienten sagen, der dringend eine Herzoperation braucht? Soll er sagen:

Ich kann Dich nicht in den OP-Saal holen – weil andere sich nicht impfen lassen und die Intensivstation blockieren?

Anrede,

es gibt keine Freiheit, Mitbürgerinnen und Mitbürger mit einem tödlichen Virus anzustecken.

Anrede,

Die CDU-Fraktion hat die heutige Sondersitzung vorgeschlagen, weil wir die Menschen in Rheinland-Pfalz bestmöglich schützen wollen.

Wir wollen der Landesregierung ermöglichen, den gesamten Instrumentenkasten des Bundesinfektionsschutzgesetzes nutzen zu können.

Dafür brauchen wir einen entsprechenden Beschluss des Landtags und folgen damit dem Beispiel anderer Bundesländer.

Um die in den Absätzen 1 bis 6 des § 28a des Infektionsschutzgesetzes enthaltenen Maßnahmen anzuwenden, müssen die Landtage die konkrete Gefahr der epidemischen Ausbreitung von COVID-19 feststellen.

Worum geht es bei diesen zusätzlichen Elementen?

Vor allem darum, den Handlungsrahmen der Landesregierung entsprechend der bundesgesetzlichen Vorgaben in Abhängigkeit von der weiteren Entwicklung der Pandemie zu erweitern.

Damit wir – um auf das Bild der Großbaustelle zurückzukommen - eben den gesamten, den vollen Werkzeugkasten dabei haben, mit allem was wir eventuell brauchen.

Beispielsweise wird der Landesregierung die Möglichkeit eröffnet, bei Bedarf

- Veranstaltungen in der Öffentlichkeit zu untersagen oder
- Alkoholabgabe und -konsum zu verbieten.

Dies muss eingebunden sein in eine breite Gesamtstrategie.

Erstens: Die Impfquote erhöhen. Alle Personen, die fachlich dazu in der Lage sind, müssen impfen dürfen. Zahnärzte, Apotheker, alle Humanmediziner und Medizinstudenten im klinischen Semester.

Zweitens: Unsere Kinder und Jugendlichen sind Leidtragende der Pandemie. Sie müssen besser geschützt werden. Deshalb fordert die CDU-Fraktion:

So schnell wie möglich zeitnah konkrete Impfangebote gerade für unsere Kinder und Jugendlichen!

Wir fordern von der Landesregierung eine Sonderimpfaktion für alle Schülerinnen und Schüler die geimpft werden wollen und können.
Und dies bis zum Ende der Weihnachtsferien.

Frau Ministerpräsidentin Dreyer, Herr Minister Hoch,
handeln Sie jetzt. Eine reine Registrierungsmöglichkeit reicht nicht.

Drittens: Mehr Testen. Wir müssen dringend die Testkapazitäten erhöhen.
Die Kommunen brauchen bei der Reaktivierung von Teststationen mehr Unterstützung, finanziell wie personell.

Viertens: Kontaktbeschränkungen. Diese werden und müssen Nicht-Geimpfte in stärkerem Maße treffen als Geimpfte.

Wer sich solidarisch verhält, sollte auch ein Mehr an Freiheit haben!

Erforderlich ist eine bessere Abstimmung mit den Nachbarländern. In Rheinland-Pfalz sind alle diejenigen von der Testpflicht ausgenommen, die bereits eine Booster-Impfung erhalten haben.

Baden-Württemberg erweitert die Ausnahmen.

Das macht Sinn. Von der Testpflicht befreit sind hier auch Genesene, deren Infektion weniger als sechs Monate zurückliegt. Gleiches gilt für Geimpfte mit abgeschlossener Grundimmunisierung.

Die CDU-Fraktion plädiert für diesen Weg.

Wir dürfen doch nicht die bestrafen, die sich korrekt verhalten!
Ein weiterer Vorteil:

Die derzeit knappen Testkapazitäten können dort konzentriert werden, wo erhöhte Risiken gegeben sind.

Anrede, ich danke den Koalitionsfraktionen und der Landesregierung, dass sie unser Angebot, gemeinsam nach vorne zu denken, aufgegriffen haben.

Denn wir sind in der Pflicht, den Kampf gegen Corona, den Kampf um die Gesundheit unserer Bürgerinnen und Bürger, um die Bildung unserer Kinder, um Sicherheit und um Arbeitsplätze so entschlossen wie nur irgend möglich zu führen.

Wir müssen alles dafür geben, dass die Bürgerinnen und Bürger, die sich darauf verlassen, vom Staat in Zeiten der Not geschützt zu werden, diesen Schutz auch erhalten.

Vertrauen, dieses Grundvertrauen, ist entscheidend für unsere Demokratie insgesamt, für den Zusammenhalt in der Gesellschaft.

Denn aus Vertrauen erwächst Hoffnung.